



---

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

## **LENDERS: POLITIK MUSS WOHN-EIGENTUM FÖRDERN**

12.04.2019

---

- Eigentumsquote zu gering
- Rahmenbedingungen hindern am Bauen
- Bessere Infrastruktur für Pendler

WIESBADEN – Anlässlich der am Freitag vom Verband der Sparda-Banken vorgestellten Studie „Wohnen in Deutschland 2019“ erklärte der wohnungsbaupolitische Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Jürgen LENDERS: „Ein Problem der aktuellen Wohnungskrise ist auch die geringe Eigentumsquote in Deutschland. Deutschland ist mit nur 47 Prozent abgeschlagenes Schlusslicht in Europa. Hier muss die Politik – insbesondere auch die Landespolitik – noch viel tun. Der Wunsch, in den eigenen vier Wänden zu leben, ist in Deutschland sehr stark ausgeprägt. Doch sind die Rahmenbedingungen trotz der niedrigen Zinsen nicht geeignet, die Eigentumsquote zu erhöhen. Bauen in Deutschland ist durch übertriebene Standards, durch zu lange Planungsverfahren und durch eine immense Bürokratie zu teuer. Die Politik ist gefordert, ein günstigeres Umfeld zu schaffen.“

Laut Studie hält der Trend zur Urbanisierung an. Die Metropolen greifen inzwischen weit ins Umland aus. Dadurch werde das Gefälle zwischen Ballungsraum und ländlichen Raum noch größer. Lenders: „Wir brauchen eine bessere Infrastruktur im ländlichen Raum, damit die Menschen nicht in die Ballungsräume ziehen müssen. Eine gute Verkehrsanbindung und ein leistungsfähiger ÖPNV auch im ländlichen Raum trägt dazu bei, dass der Druck auf die Wohnsituation in den Metropolen nachlässt. Frankfurt ist jetzt schon Pendlerhauptstadt Nummer 1 in Deutschland. Doch die Leistungsfähigkeit von Straßen und Schienen in die Stadt hinein, ist inzwischen erschöpft. Die Landesregierung muss sich endlich vom Prinzip ‚Sanierung vor Neubau‘ verabschieden und dafür sorgen,



dass Pendler auch auf neuen Straßen und Schienenwegen besser und schneller nach Frankfurt kommen. Das würde entscheidend zu einer Entlastung des Frankfurter Wohnungsmarkts beitragen. Und was für Frankfurt gilt, gilt auch für andere hessische Großstädte.“

---

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden  
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: [presse-fdp@ltg.hessen.de](mailto:presse-fdp@ltg.hessen.de)